

**Tagesordnung I Punkt 4.1 der öffentlichen Sitzung am 07. Februar 2013**

Antrags-Nr. 13-F-33-0007

**Sonderprogramm Berufsausbildung**

**- gem. Dringlicher Antrag von CDU und SPD vom 07.02.2013 -**

Die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesarbeitsministerium haben heute bekannt gegeben, dass sie ein Sonderprogramm für etwa 100.000 junge Hartz-IV-Empfänger gestartet haben. In den kommenden vier Jahren sollen damit jährlich mindestens 25.000 Frauen und Männer zwischen 25 und 34 Jahren für eine Berufsausbildung gewonnen werden. So sollen vor allem junge Leute ohne Abschluss eine zweite Chance bekommen. Zudem könnten zusätzlich ausgebildete Arbeitnehmer dazu beitragen, den Fachkräftemangel zu beheben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, sich bei der Ausgestaltung des Sonderprogramms für Wiesbaden einzubringen.

Besonderes Augenmerk soll dabei auf folgenden Punkten liegen:

1. Auflegung eines weiteren Programms für Menschen von 35 - 50 Jahren.
2. Zielführende Weiterbildung von Arbeitslosen.
3. Sicherstellung einer Ko-Betreuung, damit wirklich alle in den Genuss des Programms kommen und nicht nur „Schwellen“-Arbeitslose. Damit würden letztlich nur die Unternehmen zulasten des Staates begünstigt.
4. Behandlung des Programms als ergänzende Maßnahme zur Förderung nach SGB VIII. Der Übergang ist präzise abzugrenzen.
5. Eine Erstausbildung muss immer möglich sein, ohne dass der Anspruch auf SGB II entfällt.

---

**Beschluss Nr. 0053**

Der gemeinsame Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.02.2013 betr.

Sonderprogramm Berufsausbildung

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2013

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2013

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister